

## **Einzelvotum Mehr Energieeffizienz bei allen öffentlichen Bauten**

Bern (SP). In der gestrigen Debatte wurden konkrete Forderungen gewünscht, die wir in unserem Kanton umsetzen könnten. Meine Vorstösse enthalten deren drei. Unser Ziel ist klar: Auch nach der gestrigen Debatte wollen und brauchen wir keine neuen AKW. Umso wichtiger sind jetzt Massnahmen im Bereich Energieeffizienz und Energiesparen. Wir wissen, dass ein grosser Teil des aktuellen Energieverbrauchs heute schlicht unnötig ist und eingespart werden kann. Zuerst zur Anforderung an alle öffentlichen Bauten: Kanton, Bund und Gemeinden haben eine wichtige Vorbildfunktion für Private. Kann am Beispiel öffentlicher Bauten aufgezeigt werden, dass sich Investitionen in energieeffiziente Gebäude lohnen, ist die Chance gross, dass die nötigen freiwilligen Sanierungen durch Private folgen. So kann ein noch grösserer Beitrag gegen den unnötigen Energieverbrauch geleistet werden. Deshalb freut mich, dass der Regierungsrat grundsätzlich eine erweiterte Anwendung der Richtlinien Energie und Haustechnik auf alle öffentlichen Bauten im Kanton befürwortet. Ziel dieser Ausweitung ist nicht zuletzt, für die gesamte öffentliche Hand die gleiche Ausgangslage zu schaffen. Es ist also sowohl energiepolitisch als auch standortpolitisch wichtig, dass sich der ganze öffentliche Sektor am gleichen energiepolitischen Standard orientiert. Wir konnten es lesen: Gemäss dem neuen Energiesgesetz müssen die öffentlichen Bauten des Kantons Bern und massgeblich vom Kanton subventionierte Bauten bei der Energienutzung schon heute erhöhte Anforderungen erfüllen. Wichtig wäre nun, dass diese Anforderungen eine Ausweitung erführen auf alle öffentlichen Gebäude. Was heute sinnvoll saniert oder neu gebaut wird, hat positive Folgen für die kommenden Jahrzehnte: niedrigere Betriebskosten, hohen Komfort und lange Nutzungsdauer. Die Allgemeinheit, respektive die ganze bernische öffentliche Hand, hat also Interesse an nachhaltigem Bauen, das die natürlichen Ressourcen schont. Deshalb bitte ich Sie um Akzeptanz und Annahme meiner ersten Motion. Zu meiner zweiten Motion betreffend die laufende Umstellung der Strassenbeleuchtung auf LED: Viele Massnahmen im Bereich Energieeffizienz tun niemandem weh, bewirken aber viel. Dazu gehört die laufende Umrüstung der Strassenbeleuchtung auf LED. Dadurch lassen sich gemäss der Aussage des Regierungsrats durchschnittlich 55 Prozent Energie einsparen. Meine Motion fordert, bei notwendigem Ersatz oder bei der Neuinstallation einer Strassenlampe künftig LEDLeuchten einzusetzen. Diese Forderung ist auch ein Punkt der Kommissionsmotion zur Unterstützung der Initiative «Bern erneuerbar», die in dieser

Session noch nicht behandelt wurde. LED-Leuchten sind wartungsarm und haben eine längere Lebensdauer als konventionelle Lampen. Zudem sind sie besser steuer- und regulierbar. Beispielsweise könnte man in verkehrsarmen Zeiten nachts die Intensität der Strassenbeleuchtung auf gewissen Strecken einfacher reduzieren. Oder man könnte sogar auf Bewegungsmelder umrüsten, wie ein letzte Woche eingereichter Vorstoss der BDP im Berner Stadtrat vorschlägt. Erste Umstellungen auf LED wurden bereits realisiert. 2009 starteten die Elektrizitätswerke im Kanton Zürich einen Versuch, bei dem eine Strassenstrecke in Rüschlikon mit LED-Leuchten ausgestattet wurde. Auch im Kanton Bern laufen verschiedene Tests. So wurden kürzlich in Laupen in einer Strasse die Lampen durch LED-Leuchten ersetzt. Dadurch kann gemäss BKW der Stromverbrauch für diese Strassenstrecke um zirka 60 Prozent gesenkt werden. Der Langenthaler Gemeinderat beschloss per Ende 2010, zwei Versuchsstrecken mit LED auszurüsten, und auch in der Stadt Bern wurden bereits einzelne Strecken umgerüstet, beispielsweise in Brünnen beim Einkaufszentrum Westside. Bereits 2007 forderte eine Motion aus den Reihen der CVP und der FDP im Berner Stadtrat LED-Strassenleuchten in Bern. Was die Motion sicher nicht will: Mit der Überweisung sollen nicht per sofort alle Strassenlampen auf LED umgerüstet werden, sondern sukzessive, wenn eine Lampe ohnehin ersetzt werden muss oder eben bei Neuinstallationen. So ist die Umstellung nicht nur energiepolitisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Im Gegensatz zur Kommissionsmotion «Bern erneuerbar» sieht meine Motion dafür keine Fristen vor. Doch zeigte der Regierungsrat in seiner Antwort auf die Kommissionsmotion «Bern erneuerbar» auf, dass für diese Umstellung eine Frist von fünfzehn Jahren sinnvoll wäre. Das leuchtet mir grundsätzlich ein. Mit der Überweisung der vorliegenden Motion können wir also einen konkreten Beitrag an mehr Energieeffizienz leisten. Zu meinem letzten Vorstoss zur Energieeffizienz im Bereich Förderprogramme: Wir haben es gehört, wir alle können und sollten uns in unserem Alltag für mehr Energieeffizienz einsetzen und Energie sparen. Speziell gefordert sind hier aber die Energieversorger. Denn bisher wollten sie möglichst viel Strom verkaufen und dadurch natürlich auch einen möglichst hohen Gewinn erwirtschaften. Diese Logik gilt es heute zu ändern. Wir müssen die nötigen Leitplanken setzen, damit sich Energiesparen tatsächlich lohnt. Ein zentrales Element dafür ist der Einsatz energieeffizienter Geräte. Dadurch kann Sondersession Energiepolitik 15. Juni 2011 – Morgen 657 der Energieverbrauch entscheidend gesenkt werden. Schon heute gibt es positive Beispiele unter den Energieversorgern. Erwähnenswert ist Energie Wasser

Bern, er schüttet den Jahresgewinn an die Stadt Bern als Eignerin aus. 10 Prozent davon fliessen in einen Ökofonds, mit welchem erneuerbare Energien und Massnahmen im Bereich Energieeffizienz in der Region gefördert werden. Das Förderprogramm umfasst nebst der Unterstützung von solarthermischen Anlagen, Fotovoltaikanlagen, Wärmepumpen und so weiter, beispielsweise auch den Kauf energieeffizienter Kaffeemaschinen, Kühlschränke und Beleuchtungen. Zum Beispiel Kühlschrank: Fast 20 Prozent des Stroms verbrauchen Schweizer Haushalte fürs Kühlen und Gefrieren. Deshalb ist gerade hier das Sparpotenzial besonders gross und darum sinnvoll, den Kauf energieeffizienterer Geräte zu fördern. EWB ist gemäss Leistungsauftrag zur Förderung der Energieeffizienz verpflichtet. Laut Jahresbericht 2010 konnten durch die aus dem Ökofonds gesponserten oder geförderten Projekte 13 400 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Solche Förderprogramme, die von geeigneter Kommunikation und Sensibilisierungsmassnahmen begleitet werden, sind also sehr wirkungsvoll. Ich bin bereit, diesen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln, damit möglichst alle Prüfungsoptionen und die Handlungsfreiheit des Regierungsrats gewährt sind. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort zudem richtig, dass an der Energieversorgung nebst den Energieversorgern auch die Stromnetzbetreiber beteiligt sind. Das neue kantonale Energiegesetz sieht deshalb vor, dass den Stromnetzbetreibern Leistungsaufträge erteilt werden können. Sie können auch die Steigerung der Energieeffizienz beinhalten. Damit sollen spezielle Leistungen gefördert werden, die durch rein profitorientierte Netzbetreiber nicht erbracht werden – also auch dies eine sehr wichtige und sinnvolle Änderung im revidierten Energiegesetz. Als Leistungsauftrag zur Steigerung der Energieeffizienz kommt beispielsweise die Verpflichtung zum Einsatz energieeffizienter Transformatoren, aber auch die Verpflichtung zur Mitentwicklung energieeffizienter Geräte in Frage. Auch das sind sehr wichtige Massnahmen. Zusammengefasst können wir also sagen, dass wir mit diesen drei Vorstössen konkrete Forderungen, die gestern gestellt wurden, umsetzen und somit als Parlament im Kanton konkrete Massnahmen ergreifen können. Ich bitte Sie um Unterstützung der beiden Motionen zu LED und hohen Anforderungen an alle öffentlichen Bauten des Kantons sowie um die Überweisung des Postulats zu den Förderprogrammen. Tourismus im Oberland